

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Haj,
8. W. Corner Third and
coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
1 M. 50 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnement
werden bei allen deutschen
Postanstalten auf den 1ten
u. 2ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen; im Rgr. Sachsen
u. Prügth. Sachs.-Altenburg
auch auf den 1ten Monat des
Quartals à 54 Pf.

Organ der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Interesse, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Berganigungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreizehnbaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 66.

Sonntag, 13. Juni.

1875.

Die Einnahmequellen der „Bessern“ im Staate.

(Schluß.)

Wie der Drang nach Bereicherung, von dem die Kapitalistenwelt besessen ist, sogar die sehr naheliegende, nothdürftigste Vorsicht bei der Abwägung der Profitchancen überwindet — wie bereitwillig die Kapitalbesitzer, insbesondere die kleineren und mittleren natürlich, die geistreiche Rolle der blinden Henne übernehmen, die ganz ins Blaue hinein nach Körnern pickt, beweist das Schicksal, welches gewisse Eisenbahnpapiere in Deutschland erlebt haben und das jedem mit dem nöthigen Geschick in die Scene gefandten Industriepapiere noch heute zu Theil werden kann.

J. Minoprio macht in einem Artikel: „Die Coursbewegungen der Börsen effekten“, im 1. Jahrgang des Meyer'schen Jahrbuchs, S. 684, mit Bezug darauf einige für uns recht interessante Bemerkungen.

„Die Prioritätsobligationen der österreichischen Bahnen“, schreibt er, „beginnen das Jahr 1872 mit einem Coursegewinn von 6—10 Prozent gegen Anfang 1871, so daß die günstigsten Gattungen sich bis auf 10 Prozent dem Paricourse genähert haben. Russische Bahnpapiere weisen einen noch höheren Coursegewinn und höheren Stand auf als österreichische. Als Grund hierfür muß die sprichwörtliche Unerbittlichkeit der Rufsquellen Rußlands herhalten. Von Nachrichten über den Fortschritt des Baues der russischen Bahnen oder von Mittheilungen über die Resultate der Einnahmen erfährt das Publikum so gut wie nichts.“

Das brave deutsche Publikum hat sich also im Anfang des Jahres 1872 sehr eifrig um die finanzielle Betheiligung an russischen Eisenbahnunternehmungen beworben, ohne auch nur im entferntesten etwas von der Lage dieser Unternehmungen zu wissen. Nicht einmal, ob der Bau der betreffenden russischen Bahnen fortgeschritten oder nicht, hielt man für nöthig, den dummen deutschen Mischeln, deren Geld man brauchte, mitzuthellen — man wußte ja aus langjähriger Erfahrung, daß die Simpel vom Geldsack in die auf Börsen und in Bankhäusern aufgestellten Kaufesfallen so sicher hineintappen, wie die Fliegen an der Peimruhe hängen bleiben. Man braucht nur in ein paar vielgelesenen Zeitungen eine der unzähligen Variationen des beliebten Themas: Hier ist ohne Mühe viel Geld zu gewinnen! ohne sich nur im geringsten mit dem Beweis der Wahrheit Mühe zu geben, loszulassen und man kann des Erfolges gewiß sein. „Schlimme Erfahrungen“, erzählt Minoprio, „hat auch das Jahr 1871 auf dem Gebiete der amerikanischen Eisenbahnpapiere gebracht. Die seiner Zeit mit Hilfe zahlreicher Reklamen abgesetzten Bonds der Rockfordbahn wurden nothleidend, indem der Kupfscoupon nicht bezahlt werden konnte. Die bei der Unterbringung dieser Bonds beizuliegenden Häuser trifft jedensfalls die Schuld, nicht in gehöriger Weise sich überzeugt zu haben, daß die eingezegangenen Gelder auch wirklich gewissenhaft auf den Bau der Bahn verwendet wurden. Dadurch ist die Lage herbeigeführt, daß für verhältnismäßig viel Geld eine nur sehr unvollkommen ausgebaute und ausgerüstete Bahn hergestellt ist. Wie bald die Bahn im Stande sein wird, die Zinsen ihrer Schuld abzumwerfen, läßt sich nicht voraussagen.“

Die weltbekannte Geschichte der rumänischen Eisenbahnobligationen, mit denen der Gaunergeneral des deutschen Kapitalismus, Dr. Stroussberg, die deutschen Geldmärkte angezwängt hat, brauchen wir nur zu erwähnen, um alle ihre standalösen Einzelheiten in Jedermanns Gedächtniß zurückzurufen. Auch sie bestätigt, was wir durch die Mittheilungen Minoprio's charakteristisch wollten: den grenzenlosen Leichtsin, die an Blödsinn streifende Seltensachsigkeit der Kapitalistenwelt bei der Anlage ihrer Kapitalien.

Den Kapitalisten leitet im allgemeinen niemals die etwa volkswirtschaftlich zu prämiirende Absicht, zum Besten der Volksgesamtheit die Produktivität der Arbeit zu steigern, neue Produktionsgebiete zu eröffnen; er kennt und folgt nur der ganz blinden Sucht, noch reicher zu werden und arbeitslos als Rentner zu leben, und für diese eines civilisirten Menschenthums ganz unwürdige Sucht verdient er viel eher in eine Besserungsanstalt gesteckt zu werden, als eine silberne oder goldene Ristko- oder sonstige Prämie zu erhalten.

Mit den Privateisenbahninstituten ist das Kapital derjenigen industriellen und kommerziellen Unternehmungen, bei denen von einer Theilnahme der Kapitalisten an der produktiven Thätigkeit nicht gesprochen werden kann, und bei denen das ökonomisch Wider sinnige des Kapitalprofits mit Händen zu greifen ist, noch lange nicht erschöpft — schlagen doch die Aktienunternehmungen aller Art in dasselbe Fach!

Es stehen dem Verfasser augenblicklich leider keine genaueren statistischen Angaben neuesten Datums über den Stand der deutschen Aktien gesellschaften im allgemeinen und besonderen zu Gebote; jedoch genügt das, was ihm an statistischem Material zur Hand ist, um daraus einige für den Zweck vorliegender Arbeit wesentliche Schlüsse zu ziehen.

Nach der erwähnten sechsten Auflage des Koll'schen Handbuchs (S. 88) repräsentirte Ende 1866 die in Preußen bestehenden Aktien gesellschaften ein Kapital von 1,561,776,250 Thaler. Von der statistischen Uebersicht der anderen deutschen Staaten erwähnt nur die das Königreich Sachsen angehende den Bestand der Aktien gesellschaften, und zwar den um das Jahr 1866 mit 75 Gesellschaften und einem Stammkapitale von 73,063,692 Thaler.

Das Meyer'sche Jahrbuch giebt, mit der Bemerkung, daß es bei der großen Schwierigkeit, das nöthige Material zu beschaffen, auf Vollständigkeit keinen Anspruch mache, das Kapital der im

Jahre 1871 in Deutschland neu gegründeten Aktiengesellschaften auf 466 Millionen 91,177 Thaler an.

Nehmen wir nun an, daß das gesammte Kapital aller im Jahre 1871 in Deutschland bestehenden Aktiengesellschaften nur um die zuletzt angegebene Summe größer sei, als die Summe des Aktienkapitals in Preußen und Sachsen um das Jahr 1866 — eine Annahme, die hinter der Wirklichkeit zweifellos weit, sehr weit zurückbleibt —, so erhalten wir für das ganze deutsche Aktienkapital die Summe von 2,100,931,119 oder rund 2101 Millionen Thaler.

Schlagen wir zu dieser Summe noch das von demselben Meyer'schen Jahrbuch auf ca. 196 Millionen angegebene eingezahlte Stammkapital der deutschen Banken (Kapital-, Noten- und Hypothekbanken) und die 875 Millionen Aktienkapital der deutschen Privatbahnen, so ergibt sich insgesamt eine Summe von 3,172 Millionen Thaler, welche die für den deutschen Arbeiterstand ungemein angenehme Aufgabe erfüllen, einen sehr beträchtlichen Theil des deutschen Produktionsgebietes sowohl als des Waarenmarktes und der großen Verkehrsinstiute mit einer die nicht besitzende Volksmajorität ungemein drückenden Steuer zu belasten.

Schätzen wir das Resultat dieser Besteuerung auf durchschnittlich 6 Prozent der angegebenen Kapitalien summe, was wieder zu niedrig gegriffen sein möchte die Kapital- und Notenbanken haben unter anderen 1871 durchschnittlich 9 Prozent Dividende gezahlt, so finden wir, daß die Steuer, welche 1871 ohne jede ökonomische Berechtigung von Seiten absolut keine nützliche Thätigkeit entfaltender Kapitalisten erzwungen worden ist, 190 Millionen Thaler betragen hat.

Neben dieser ungeheuren Menge Geldes, mit der das deutsche Volk eine Heerde ganz nutzloser Individuen unterhält, nehmen sich die 90 Millionen Thaler, welche ihm (in der Finanzperiode von 1871—76) jährlich der doch immerhin unter den gegenwärtigen Verhältnissen viel weniger überflüssige Luxus des stehenden Heeres kostet, ziemlich bescheiden aus.

Freilich wird mancher Liberale auch den bisherigen Ausführungen dieser Arbeit gegenüber die totale Nutzlosigkeit des kapitalistischen Schmarogerthums nicht zugeben wollen und ihr die letzte Ausflucht bedrängter Kapitalisten seiten entgegenstellen, nämlich den Hinweis darauf, daß die Kapitaleigentümer ihr Geld nun doch einmal besitzen und für die Vergabe desselben zu produktiven Zwecken eben verlangen können, was sie wollen und bekommen können.

Und mit diesem Einwande wären unsere Gegner in der That glücklich da angekommen, wo sie Recht behalten müssen. In der modernen Gesellschaft ist es nun einmal nicht anders: Eine geringe Anzahl von Leuten sind in den fast ausschließlichen Besitzes für die heutigen Wirtschaftszustände wichtigsten Produktionsmittel gelangt; die arbeitende Klasse kann dieses Produktionsmittel durchaus nicht entbehren — darum muß sie sich mit den Besitzern desselben nothgedrungen ins Einvernehmen setzen; diese benutzen ihre überlegene wirtschaftliche Position nach Kräften, octroiren der Produktion und dem Handel ihren allein durch die schonungsloseste Eigensucht geleiteten Willen als Gesetz — spicken sich ihre Taschen, genießen das Leben in vollen Zügen, und häufen Zins auf Zins und Kapital auf Kapital! Und zwar von Rechts wegen!!

Gegen diese aller Humanitätssphrasen entbehrende, fasernaackte Auffassung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse wird kein Sozialist etwas einzuwenden haben; nur können wir uns einiger Slossen zu dem „von Rechts wegen“ nicht entschlagen.

In der Einleitung dieser Arbeit warfen wir die Behauptung hin, der Erwerb der ökonomisch glücklichen situirten Minderheit geschehe mit demselben „Rechte“, mit dem die sehr edlen Altvordern unserer ältesten und „besten“ Adelsgeschlechter die Krämer auf der Landstraße einer Besteuerung unterzogen. Sehen wir nun zu, ob der Vergleich zutrifft!

Die Herren Raubritter selbst waren die glücklichen Besitzer eines Hauses von Reifgen, guter Waffen, trefflicher Eisenpanzer und fester, zum Theil für die Waffen des Mittelalters uneinnehmbarer Schlösser — letztere befanden sich in der Regel nicht weit von einer handelsbelebten Landstraße oder gar in einem Erdwinkel, den die Wellen eines schiffbesäten großen Stromes bespülten. Auf der Landstraße und dem Strom trieb das güterführende Handelsvolk, welches keine auf den großen und kleinen Krieg dressirte Knappen, meist mangelhafte Waffen, keine Eisenpanzer und statt der uneinnehmbaren Burgen sehr einnehmbare Planwagen besaß, hin und wieder. Die gekrönten Raubritter waren somit auf Strom und Landstraße dem „Krämerpad“ offenbar überlegen, sie betrachteten darum auch fragliche Verkehrswege als ihr spezielles Eigenthum. Die Handelsleute kannten die Sachlage meistens ziemlich genau, aber was half's! sie konnten der Landstraße und des Stromes zu ihrem Lebensunterhalt nicht entziehen, sie mußten wohl oder übel versuchen, die biderben Köderigen und Ipenlygen vorbeizuwischen oder mit ihnen ein leidliches Abkommen einzugehen. War Junker Köderitz nicht bei Laune oder hatte er einen unüberwindlichen Haß gegen das „Pad“, so schlug er es todt, wo er es traf, und trat der in's Jeneseits Befördernden gesammte fahrende Erbschaft an; war er gut aufgelegt oder überhaupt ein leutseliger Herr, so nahm er Juden und Judengenossen nur einen Tribut ab für die gnädige Erlaubniß, „seine“ Landstraße oder „seinen“ Strom zu benutzen, und ließ die also „Besteuerten“ friedlich ihres Weges ziehen bis zum nächsten Strauchdiebe oder, um modern und höflich zu reden: zum nächsten „Herrn Kameraden.“

Wir könnten noch eine große Anzahl geschichtlicher Analogien

aufführen, insbesondere würde ein Vergleich der ungerechten Grundlage des kapitalistischen Produktionsystems mit der des Feudalismus und der Leibeigenschaft, die wesentliche Gleichheit Weiber, d. h. die gleichartige, ausschließlich eigennützig ökonomische und politische Ausbeutung einer materiell günstigen Situation von Seiten der Begünstigten unter dem Schirme des zeitlichen Rechts darlegen. Jedoch genügt der Fingerzeig auf das Raubritterthum vollkommen zur Charakteristik der moralischen Qualität kapitalistischen Erwerbes. Zwar würde heute auch der unbarmherzigste Kapitalist mit dem Pharisäerstoß anerkannter „Neelität“ auf den manierlichsten Raubritter herabschauen, und dennoch mögen wenig adelige Duschlepper so viel zu Grunde gerichtete oder in tiefem Elend jammervoll verkümmerte Menschenseelen auf dem Gewissen haben, als jeder über ein paar Millionen Thaler gebietende Fabrikant.

Gegenwärtig erscheint den meisten Menschen die kapitalistische Existenz moralisch völlig unangreifbar und materiell vor jedem anderen erstrebenswerth; in einigen Jahrhunderten wird der Kapitalismus sicher demselben Schicksal wie der Feudalismus verfallen sein und verbientermaßen nicht mehr Achtung genießen als das Raubritterthum!

Politische Uebersicht.

— Das Gefängnißwesen in Preußen. Die „Bosische Zeitung“ (vom 6. d.) schreibt:

„Die seit dem Jahre 1851 bestehende Anordnung, daß die zur Gefängnißstrafe verurtheilten Personen bei Verbilligung dieser Strafe nur in dem Falle, wenn es in der Gefangenenanstalt an der Gelegenheit zu einer ihren Fähigkeiten und Verhältnissen angemessenen Beschäftigung fehlt, und wenn sie zugleich im Stande sind, ihre Verpflegungskosten selbst zu tragen, mit Arbeiten verschont werden sollen, hat, wie genugsam bekannt, neuerdings mehrfach zur Beschwerde Anlaß gegeben, indem Gefangene, denen die Selbstverpflegung verweigert wurde, lediglich aus diesem Grunde zu den in der Gefangenenanstalt eingeführten größeren Arbeiten angehalten worden sind. Da ein derartiges Verfahren mit dem § 16 des Strafgesetzbuchs, welcher die Heranziehung der Gefängniß-Sträflinge zu zwangswiseiger Arbeit allein davon abhängig macht, daß dieselben auf eine ihren Fähigkeiten und Verhältnissen angemessene Weise beschäftigt werden können, in Widerspruch steht, so hat der Minister des Inneren, wie wir aus der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ mit Befriedigung ersehen, jetzt in einer an die Provinzial-Regierungen gerichteten Verfügung, unter Aufhebung der oben erwähnten Anordnung vom Jahre 1851, sowie der entsprechenden Vorschriften in den Reglements der Arresthäuser und Centralgefängnisse, angeordnet, daß fernerhin lediglich nach der Vorschrift in § 16 des Strafgesetzbuchs zu verfahren ist. Die zur Gefängnißstrafe verurtheilten Personen dürfen mithin nur zu solchen Arbeiten angehalten werden, welche ihren Fähigkeiten und Verhältnissen angemessen sind, und ihre Freilassung von der Arbeit ist nicht davon abhängig zu machen, daß sie zur Selbstverpflegung verstatet werden oder in der Lage sind, die Kosten ihrer Verpflegung zu tragen. Die Bestimmung darüber, ob die Selbstverpflegung zu verstaten oder zu verweigern sei, bleibt dem discretionären Ermessen der Provinzial-Regierungen, bezw. dem königlichen Polizei-Präsidium zu Berlin überlassen, doch soll auch fernerhin als Regel gelten, daß die Selbstverpflegung Personen, welche wegen Eigentumsverletzung oder wegen Vergehens verurtheilt sind, die einen hohen Grad von Rohheit bekunden, nicht gewährt werden darf.“

So die „Bosische Zeitung“, welche das ministerielle Rescript etwas sanguinisch aufzufassen scheint. Ehe der Wortlaut desselben vorliegt, können wir kein Urtheil abgeben. Jedensfalls klingt der Ausdruck „discretionäres Ermessen“ sehr verdächtig. Und so viel steht fest: Das bisherige Verfahren der preussischen Regierung in dieser Angelegenheit spricht entschieden gegen die Ablicht einer humanen Reform des Gefängnißwesens. Die von Windthorst angekündigte Interpellation wird wohl die Wahrheit zu Tag fördern.

— Soldatenleben. Man schreibt aus München: „Ein wirklich seltenes Beispiel von empörender Rohheit und Gemeinheit gab der Unteroffizier Heinrich Reumaier vom 2ten Infanterie-Regiment, der sich wieder einmal des Mißbrauchs der Dienstgewalt durch Soldatenmißhandlung schuldig gemacht hat. Nicht allein, daß er beim Exerziren die Angehörigen ins Angeficht schlug, daß ihnen Nase und Mund blutete, nicht nur, daß er einem Soldaten mit dem Gewehrkolben so auf die Fußspitzen rief, daß dieser mehrere Tage nicht aufstehen konnte und daß dem Mißhandelten unwohl wurde, er befahl auch denjenigen seinem Commando unterstellten Soldaten, welche ihre Sache besser machten, die Angehörigen anzuspeien und zwar unter Bedrohungen aller Art. Der Staatsanwalt bemerkte, daß ihm ein solcher Grad von Gemeinheit noch nicht vorgekommen sei und beantragte ein Jahr Gefängniß, obgleich Reumaier gut beleumdet ist. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten nur zu vier Monat Gefängniß und Degradirung zum Gemeinen. Angesichts der so häufig vorkommenden Mißhandlungen von jungen Leuten, die zu den Fahnen einberufen sind, kann ein solches Urtheil unmöglich als zu streng angesehen werden.“ — „Nicht als zu streng?“ Nein, als geradezu standalös mild! Die Herren Richter werden sich aber gefast haben, daß die Molke'sche Bildungsanstalt derlei Culturblüthen und -Früchte mit sich bringt, und daß man, da die Molke'sche Bildungsanstalt nun einmal vor-

nehmste Reichsinstitution ist, besagte Culturblüthen und Früchte auch in den Kauf nehmen muß.

— Briefstückeri. Die „Mayener Volkszeitung“ enthält nachstehende Notiz: „Am 31. Mai traf der erste Brief unseres früheren Redakteurs, des Herrn Weinroth, aus dem Auslande hier ein. Der Empfänger bemerkte sofort an der Querseite eine Deffnung. Dadurch aufmerksam gemacht, untersuchte er näher und kam mit Andern zu der Ueberzeugung, daß das Couvert oder der Umschlag am Rande fein aufgeschritten und dann sorgfältig wieder zugestrichelt worden war. Weil ein derartiges unbefugtes Deffnen der Briefe bei uns zu Lande ganz gewiß nicht vorkommt, so ist besagte Manipulation ohne Zweifel im Auslande vorgenommen worden.“

Tout comme chez nous — Gerade wie es uns geschehen! Unsere Leser werden sich erinnern, daß wir auf diese Manipulation im Blatt aufmerksam gemacht haben. Beiläufig wurde das freisprechende Urtheil in unserem Prozeß mit Herrn Stephan ganz wesentlich durch ein von uns dem Gericht vorgelegtes Briefcouvert bewirkt, das in oben beschriebener Weise traktiert war. — Die Schlussbemerkung der „Mayener Zeitung“, daß die Briefstückeri „ohne Zweifel im Auslande vorgenommen worden“ sei, ist natürlich nur ein Scherz, den Hr. Stephan wohl kaum missverstehen wird. Da wir gerade bei diesem sauberen Thema sind, sei noch erwähnt, daß die im preussischen Abgeordnetenhaus zur Sprache gebrachte Erbrechung eines recommandirten Briefes des Herrn Schorlemer-Alst sich nach den „eingehenden Untersuchungen der Postbehörden“ als ein reiner Zufall herausgestellt hat. Das wußten wir von vornherein. Auch die an den Seiten aufgeschrittenen Couverts sind vom Zufall aufgeschritten und werden vom Zufall wieder zugeleimt.

— Ueber den Strike, richtiger Lockout der pennsylvanischen Grubenarbeiter, schreibt man einem Bourgeoisblatt, der „Vossischen Zeitung“: „Dieser Strike sucht seines Gleichen an Ausdehnung; die Verluste, welche die feiernden Arbeiter und das brachliegende Kapital leiden, sind enorm, und die Kohlenpreise auf eine beispiellose Höhe getrieben. So sehr man nun auch die vielfach vorgekommenen Gewaltthaten (?) der Arbeiter verurtheilen mag, so läßt sich andererseits nicht läugnen, daß die Kapitalisten sich eines frevelhaften Spiels schuldig gemacht haben und die Verantwortung für diese Zustände allein tragen. Sie selbst sind es, welche schon seit langer Zeit alljährlich, sobald die Kohlenpreise fielen, einen Strike der Arbeiter veranlaßten, um einestheils in der flauen Zeit der Zahlung des Arbeitslohnes überhoben zu sein, und andererseits die Preise wieder in die Höhe zu schrauben. So geschah es auch in diesem Frühjahr; diesmal wurde aber den Grubenbesitzern ein Strich durch die Rechnung gemacht, denn der Strike nahm solche Dimensionen an, daß sie nicht mehr Herr darüber werden konnten. Wie die Sache ablaufen wird, ist noch nicht abzusehen. Man spricht davon, daß die Besitzer Arbeiter aus anderen Gegenden heranzuziehen suchen; ob ihnen dies gelingen wird, ist jedoch zweifelhaft, denn es gilt, Hunderttausende von gewandten Händen zu ersehen. Dann aber wäre dies nur unter den größten Opfern zu bewerkstelligen, und ferner: was soll aus der brodblos gewordenen Arbeitermasse werden?“ So der Correspondent der „Vossischen Zeitung“. Daß die Gewaltthaten nur in der Phantasie der Herrn Bourgeois existiren, resp. von den gewissenlosen Arbeitgeberern und deren Agenten erlogen worden sind, ist unseren Lesern bekannt. Ebenfalls wird ihnen die Mittheilung überraschend sein, daß die Grubenbesitzer diesen Strike wie schwere Stripes aus den niedrigsten Motiven provoziert haben, denn von England und Deutschland her sind wir bereits an derartige Praktiken gewöhnt. Wir aber möchten, die einfache Notiz des Correspondenten der „Vossischen Zeitung“ gibt tansendmal mehr Belangsamaterial für einen „Arbeiter-Expieriegel“ ab, als der kindisch gewordene Harctor in seinem „Arbeiterpiegel“ gegen die Arbeiter zusammengespart und zusammengefaßelt hat.

— Die Anhänger der Friedens- und Freiheitsliga versammeln sich dieses Jahr in Neuenburg (Schweiz). Als Grundlage der Debatten sollen laut Rundschreiben des Ausschusses folgende Sätze dienen: 1. Um einen wahren, dauernden, politischen, sozialen und religiösen Frieden zu gründen und zu erhalten, ist die Errichtung einer republikanischen Völkerverföderation mit folgenden Grundlagen notwendig: Selbstständigkeit der Person; Achtung der individuellen Rechte; absolutes Selbstbestimmungsrecht der Völker; 2. Abschaffung der stehenden Heere und Ersetzung derselben durch nationale Milizen; 3. Einführung eines Kobex und eines internationalen Verdictes; Ausdehnung der Anwendung des Grundsatzes von Schiedsgerichten bei internationalen Konflikten; 4. Trennung der Kirche von Schule und Staat; 5. Soziale Reform, vorbereitet durch den allgemeinen, weltlichen, unentgeltlichen und für die Primärschule obligatorischen Unterricht, gewährleistet durch die Freiheit des Vertrags, des Vereins- und Coalitionsrechtes, durch das auf der freien Arbeit ohne Ausbeutung des Individuums geschaffene individuelle Eigenthum, durch die einzige auf dem Einkommen und Vermögen beruhende Steuer; 6. Rechtsgleichheit beider Geschlechter; 7. Anwendung des Grundsatzes der persönlichen Selbstständigkeit auf das Strafrecht; das Strafrecht beschränkt durch das Vertheidigungsrecht; Abschaffung der Todesstrafe.

— Mit Bezug auf die Ausweisung Heinrich Schen's aus Sachsen, erfahren wir noch Folgendes: Die betr. Ministerialverordnung trägt das Datum des 26. Oktober 1872, und ist, laut derselben, Schen „als sozialdemokratischer Agitator und Fremder“ (!) aus den sächsischen Landen verwiesen. Man war Schen niemals „Agitator“, und speziell in Sachsen ist er politisch so gut wie nicht thätig gewesen, und „jedenfalls“ nicht in einer Weise, welche für die Bezeichnung „Agitator“ auch nur die leiseste Entschuldigung gäbe. Und als „Fremder“! Im Jahre 1875 des Herrn, und im Jahre 5 der deutschen Freijugheit! Sind wir in Sachsen denn Votoluden, die jeden Fremden als Feind betrachten? Doch das ist nicht das Beste. Heinrich Schen, der, wenn wir nicht irren im Sommer 1871 nach Sachsen gekommen war, reiste im August 1872 freiwillig wieder ab, nachdem die Polizei ihn — abgesehen von einigen landesüblichen Scherereien in Dresden — keine Schwierigkeiten bereitet hatte. Zwei Monate nach seiner freiwilligen Entfernung erließ das sächsische Ministerium die Ausweisungsordnung, von der Schen bis zum 6. Juni dieses Jahres, wo sie ihm in Großenhain von Hrn. Ludwig Wolf vorgelesen wurde, nicht die leiseste Ahnung hatte! Für heute genug, mit diesen Notizen; wir werden uns mit der für unsere Zustände so charakteristischen Angelegenheit mehr zu beschäftigen haben, hier und anderwärts.

Gewerkschaftliches.
Gewerkschaft der Schuhmacher.
Hamburg, 8. Juni. Allen Mitgliedern der genannten Gewerkschaft zur Nachricht, daß in der am 7. Juni stattgehabten

Versammlung folgende Personen in den Aufsichtsrath gewählt wurden: Stange, Mäde, Seidel, Meyer und Köster.

Alle Briefe für den Aufsichtsrath sind an folgende Adresse zu senden: Köster, Neust. Sichelndwiel, Platz 70, Haus 1, 1. Etage, Hamburg.

Hamburg. Den Mitgliedern der Schuhmacher-Gewerkschaft zur Nachricht, daß die Reisenunterstützung in Hamburg bei dem Beitragsammler Herrn Mauck, Langereihe 112, 2. Etage, St. Georg, jeden Tag von 9 bis 12 Uhr Vormittags und — außer an Sonn- und Festtagen — jeden Nachmittags von 3 bis 5 Uhr ausbezahlt wird.

Es wird gebeten, genau hierauf zu achten.

Metallarbeitergewerkschaft.
Leipzig, 10. Juni. (Eingefandt.) Durch das Bekanntwerden der Erhöhung der Gewerkschafts-Beiträge von 10 auf 13 Pf. scheint hier ein wahrer Sturm hervorgerufen zu sein. Ich kann den Grund nur darin finden, daß die Leipziger Mitglieder jedesmal gegen das zwangsweise Abonnement auf das Organ die „Union“ gestimmt, ja sogar den Antrag zur Generalversammlung gestellt haben, das Wort „obligatorisch“ zu streichen, was aber von der Generalversammlung abgelehnt worden ist. Wenn nun die Mitglieder nächsten Montag hiergegen protestiren wollen, so bin ich der Ansicht, daß das nicht viel nützen wird, denn dann würde eine Urabstimmung vorgenommen werden müssen, und da würden die Mitglieder in corpore am Platze sein. Wenn nun geltend gemacht wird, daß zwei Drittel der Mitglieder den „Volksstaat“ lesen, und gesagt wird: die „Union“ ersetzt uns den „Volksstaat“ nicht, so giebt Einsender letzteres gerne zu, aber wenn das Blatt gleich bei Gründung der Gewerkschaft obligatorisch eingeführt worden wäre, so wüßten es die Mitglieder nicht anders und würden sich nicht sträuben. Wenn man weiter sagt: muß das Blatt fortgehalten werden, so werden 20—40 Mann aus der Gewerkschaft austreten! nun so antworte ich: läßt sie austreten, denn an Mitgliedern, die deswegen austreten, ist nicht viel verloren, sie haben keinen Begriff von unserem Prinzip. Leider werden die so redenden Mitglieder in ihrem Vorgehen von älteren Mitgliedern noch bestrift. Ich möchte, letztere sollten vor Allem über das wahre Wesen der Gewerkschaft klar zu werden suchen. Zum Schluss rufe ich aber den Gewerkschaftsmitgliedern zu: Thut keinen unüberlegten Schritt, denn er wird uns nicht von Nutzen, sondern nur von Schaden sein!

An den Ausschuss der Metallarbeiter richte ich noch die Frage: hält er es nicht für nöthig, uns etwas über die Beschlüsse der Generalversammlung zu schreiben? Ein Mitglied.

Crimmischau, 10. Juni. Die Vorortverwaltung der Krankenkasse ersucht alle Mitgliedschaften, sich betrefse des Materials, welches sie brauchen, bis Ende dieses oder Mitte des nächsten Monats zu gebüden, indem alles schon vor der Generalversammlung erschöpft war und nun erst nach den Generalversammlungsbeschlüssen und den neueren Statuten zufolge wieder Material angefertigt wird. Als Vorort der Krankenkasse ist Crimmischau wieder gewählt und erfolgt in kurzer Zeit die Constatirung der Verwaltung. Sämmtliche Mitgliedschaften wollen sofort nach Ende des Monats Abrechnung einsenden, vor allen die resignirenden. Im nächsten Monat erfolgt die Jahresabrechnung.

Die Vorortverwaltung: R. Habelig.

Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts. (Sitz Weimar).

Rowawes, 7. Juni. Im Auftrage der Mitglieder unserer Gewerkschaft bringe ich Folgendes zur öffentlichen Kenntniss: In der Versammlung vom 5. d. M. sprachen sich in der Debatte über die Zwiste zwische den Braunschweiger Genossen und der Vorortverwaltung fast sämtliche Redner zu Gunsten der Vorortverwaltung aus. Die Ansicht der meisten ging dahin, daß an eine unbefohlene Verwaltung auch keine Ansprüche gemacht werden können. Es wäre allerdings wünschenswerth, wenn auf agitatorischem Wege energisch vorgegangen würde, darüber aber möge die nächste Generalversammlung entscheiden. Und da es gut ist, daß dies bald geschieht, so wurde alleseitig der Wunsch geäußert, es möge so bald wie möglich eine General-Versammlung einberufen werden. Adolph Neumann, Vertrauensmann.

Verein der deutschen Steinmetzen.

Hannburg a. d. S., 3. Juni. Den Collegen allerorts hierdurch zur Kenntnissnahme, daß bei der hiesigen Firma Becker u. C. ein Strike ausgebrochen ist. Eine Reduction der hier seit dem März 1873 vereinbarten Accordsätze bis zu 75 pCt. und Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde war die Veranlassung zu diesem Schritte. Alle Versuche unsererseits, in friedlicher Weise die Angelegenheit zu regeln, blieben fruchtlos. Die Arbeit, die hier gefertigt wird, kommt an die Fagade des Königl. Generalstabes-Gebäudes zu Berlin, zweiter Flügel; der erstere wurde bekanntlich im Jahre 1868 und 69 von Berliner Meistern selbst ausgeführt, und war der Preis ein der Steinmetzarbeit würdiger. Jedemfalls hat sich dieses königlichen Baues die Konkurrenz nicht bemächtigt, sonst wäre die Arbeit wahrscheinlich in Berlin geblieben, und sollen nun wieder wir Arbeiter die Folgen dieser Spekulation und planlosen Konkurrenz tragen. Im Bewußtsein unserer so schon traurigen Lage als Steinmetzen haben wir es daher vorgezogen, um nicht selbst bei der Steinmetzarbeit für obige Firma zu verhungern, und anderweitige Arbeit zu suchen, was uns auch zum größten Theil gelungen ist. Leider ist es Herrn Becker durch schöne Versprechungen gelungen, in Nebra 15—20 Mann zu gewinnen, die aber nun, nachdem sie hier angefangen haben, erfahren, daß sie betrogen worden sind.

Somit ersuchen wir Euch, Collegen, für Fernhaltung des Zuzuges Sorge zu tragen und uns nach Kräften zu unterstützen, damit auch hier unser Motto: „Verbesserung unserer Lage durch Einigkeit“ zur Wahrheit werde.

Etwasige Geldsendungen bitten wir an unsern Kassirer Aug. Wilhelm, Rädergasse: 1051, zu senden.

Mit Brudergruß und Handschlag!
J. A.: Herm. Sarre, Bevollmächtigter.
gr. Salzgasse 511.

Correspondenzen.
Spandau. In der am 7. d. M. stattgehabten Sitzung des Criminalsenates des Kammergerichts wurde das erstinstanzliche Urtheil wider E. Camin, welches auf 14 Tage Gefängniß lautete, dahin abgeändert, daß es jetzt auf 100 Mark Geldbuße oder 10 Tage Gefängniß erkannt ist.

Wissenschaften.
der Expedition. A. Schimann Darmstadt: Schützen- und Turnerschießbühnen haben wir nicht auf Lager, bestellen Sie selbige bei einer dortigen Buchhandlung.
Quittung
Kdlyh Hannover Ann. 0.50. Kdlyg Dresden Schrift. 3.25. Steno-

gradenklub d. Arb.-Bild.-Ver. hier Ann. 0.60. Schneiderverein hier Ann. 1.90. S. Abm. Berlin Ann. 2.65. Wc. Saarbrücken Schrift. 0.20. P. Stern Post Schrift. 9.00 Arb. Stadtklub Schrift. 1.25. Pdc Berlin Ann. 3.25. Drg Kirchheimbolanden Schrift. 11.14.

Berlin Sonntag, den 13. Juni, Vormittags 10 Uhr:
Große Volksversammlung,
Sophienstr. 15.

Tagesordnung: Discussion über das Programm der socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.
Um zahlreiche Theilnahme bitten
Dietrich Heusch. [70]

Berlin Wahlverein der social-demokratischen Arbeiterpartei.
Dienstag, den 15. Juni, Abends 8 Uhr:
Große öffentliche Versammlung

in Reuz Salon, Rannysstr. 27.
Autorität und Freiheit. Vortrag des Herrn Milke.
Diese Versammlung ist die letzte öffentliche vor der General-Versammlung. Wir bitten um zahlreiche Theilnahme und um Entreichung der Beiträge.
Die Montagversammlung s. d. aus.
Der Vorstand. [110]

Berlin Dienstag, den 15. Juni:
Großes Militär-Concert u. Sommernachts-Ball

in den Räumen des Hof-Jäger, früher Streits an der Hafenside, Bergmannstr. 7.
Arrangirt von den Mitgliedern des Allgem.-Deutschen Schneidervereins. Billets a Person 30 Pf. sind Krausenstr. 11 beim Rentanten G. Neumann, sowie unter den Linden 13, Hof 4 Nr. zu haben. — An der Kasse 40 Pf.
Kasseneröffnung 3 Uhr, Anfang 4 Uhr.
Alle Collegen und Parteigenossen sind hierzu eingeladen.
Das Comité. [100]

Cöln Soziale Arbeiterpartei Deutschlands.
Sonntag, den 13. Juni, Morgens halb 11 Uhr im Schloß Bensberg, Demarshof 68, Versammlung.

Vortrag des Herrn Rittinghausen.
D. S. [40]

Dortmund Social-demokratischer Wahlverein.
Montag, den 14. d. M., Abends halb 9 Uhr im Lokal des Herrn Bassard, Adigenstraße:

Versammlung.
Tagesordnung: Vortrag und Verschiedenes.
C. H. Ralsfleisch [60]

Großenhain Montag, den 14. Juni, Abends halb 9 Uhr
in Hensel's Garten:
Volksversammlung.

Tagesordnung: 1) Bericht über den Vereinigungscongr. 2) Die Thätigkeit des Reichstags. Referent: Wilhelm Liebknecht. [50]

Hamburg Gewerkschaft der Schuhmacher.
Montag, den 14. dieses Monats, Abends halb 9 Uhr in Hans's Clublokal, Schanzenburgerstraße 14:

Deffentliche Versammlung.
Tagesordnung: Vortrag. Verschiedenes und Fragelosen.
A. Seidel. [60]

Hamburg Dienstag, den 15. Juni, Abends halb 9 Uhr in
Lütjes Salon, Valentinskamp 41:
Große Volksversammlung.

Tagesordnung: Gründung der socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Programm und Organisation derselben.
Referenten die Herren Seid und G. B. Hartmann.
NB. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
J. A. Körber. [80]

Hamburg Die Abonnenten des „Volksstaat“, die mit ihren Zahlungen für das 2. Quartal noch im Rückstande sind, werden dringend ersucht, dieselben recht bald zu leisten, da beim nächsten Quartal die Colportage neu organisiert werden wird.
Die Filial-Expedition: D. H. B. Schulz. [60]

Hamburg Die in Hamburg, Harburg-Altona-Bands-Heid wohnhaften Mitglieder der

Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig
werden hiermit eingeladen, sich Donnerstag, den 17. Juni, Abends um 9 Uhr bei Barmeser, „Stadt Berlin“, großer Neumarkt 46, behufs Neuwahl des Aufsichtsrathes einzufinden.
(2a) J. A. August Geis [80]

Hannover Den geehrten Abonnenten des „Neuen Sozialdemokrat“ und „Volksstaat“ zur Nachricht, daß mit heutigem Tage eine Aenderung der Colportage eingetreten. Die unterzeichnete Commission ersucht daher, bei vorkommenden Freischümen und Unregelmäßigkeiten sofort in Kenntniss zu setzen, am besten und sichersten in dem ausliegenden Beschwerdebuch bei Herrn Schlichter Rathhaus, Neustraße 45. Die vor Kurzem erlassene Warnung betrefse Bezahlung der Blätter an die Colportage ist nun wieder aufgehoben, und sind die neuen Colportage beantragt, den Abonnementsbeitrag gegen Quittung einzuziehen. Gleichzeitig laden wir die Restanten des 2. Quart. auf, das Abonnement spätestens bis zum 25. d. M. zu bezahlen, anderenfalls den betreffenden kein Blatt mehr im neuen Quartal geliefert werden kann.
(Die Colportage sind mit Quittung versehen.)
Die Redaktionscommission.

Leipzig Gewerkschaft der Schuhmacher.
Montag, den 14. Juni, Abends 8 Uhr bei Herrn Richter Hofplatz 9:

Mitgliederversammlung.
Tagesordnung: Vortrag des Herrn Loewe über Naturschutz. — Aufnahme neuer Mitglieder.
D. S. [60]

Leipzig Schneidergehülfen.
Montag, den 14. Juni:

Sommersfest und Ball
in „Stadt Raumburg“ zu Göhlitz.
Anfang 8 Uhr. Entree 25 Pf. Tanz 1 Marl.
Der Vorstand und Kassirer der Krankenkasse. [150]

Leipzig Montag, den 14. Juni, Abends 8 Uhr:
Versammlung der Maurer und Zimmerer
im Saale des „Tivolis“.

Tagesordnung: 1) Die Vereinigung der deutschen Bauhandwerker. 2) Die Gothaer Conferenz. Referent Hartmann-Berlin. (26) [50]

Leipzig Dienstag, den 15. d. M., Abends 8 Uhr: Besprechung
bei Zähler, Windmühlengr. Nr. 7. [30]

Leipzig Sämmtliche Gewerkschaften halten Sonntag, den 27. Juni ihr

Sommersfest
in der goldenen Krone in Connewitz ab.
Freunde und Genossen sind freundschaftlich eingeladen. — Alles Nähere s. Hlter. [150]

Leipzig Arbeiterbildungsverein.
Sonntag, den 19. Juni: Vortrag über Baubewesen
und Hygieneprobleme im Mittelalter.

Wittwoch, den 16. Juni, Vortrag von Herrn Bebel über Gefängniswesen. [50]

Malergehilfen (D. 3407)

sucht J. Erde, Schwalbacher Straße 22, Wisbaden. (105) [75]

Freundliche Garconlogis, auch gute Schlafstellen sind in der Westvorstadt zu vermieten. Auskunft bei Emil Meyer, Colonadenstraße Nr. 3. [75]

Verantwortlicher Redacteur: D. Windt.
Redaktion Hofstr. 4, Expedition Zeitungsdr. 44, in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.